

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

17.10.2016

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Stitz

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 15.09.2016**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:50 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 16.06.2016**
0360/2016

- 4** **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0359/2016
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Vorstellung Imagefilm "Ausbildung bei der Stadt Bergisch Gladbach"**
0362/2016
- 8 Veröffentlichung des Mädchenmerkers für Bergisch Gladbach 2016/2017**
0361/2016
- 9 Aktuelle Haushaltsentwicklung im Flüchtlingsbereich**
0326/2016
- 10 Einrichtung eines Integrations- und Willkommenszentrums**
0357/2016
- 11 Mehrgenerationenhaus**
0364/2016
- 12 Verlagerung der Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben zum Rheinisch-Bergischen Kreis**
0327/2016
- 13 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates in verschiedene Ratsausschüsse**
0293/2016
- 14 Rücknahme der Berufung des stellvertretenden Mitgliedes Frau Ursula Nantke und Neuberufung von Herrn Friedhelm Bihn als stellvertretendes Mitglied für den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“**
0332/2016
- 15 Anträge der Fraktionen**
- 16 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 16.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 30.08.2016 u. a. zu Mitteln aus dem neuen Bundesprogramm zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt**
0370/2016

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Anträge der Fraktionen

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 16.06.2016 *0360/2016*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Schlich berichtet zum Thema FIM Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt, aus dem lange erwarteten Integrationsgesetz hätten die Arbeitsagenturen inzwischen die nötigen Fördermittel zur Einrichtung entsprechender Stellen erhalten. Für Bergisch Gladbach bedeute dies die Möglichkeit, aus dem Programm insgesamt 106 Stellen zu beantragen.

Theoretisch sei zwischen zwei Arten von Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen zu unterscheiden. Die so genannten internen FIM seien Stellen für Flüchtlinge in den Flüchtlingsunterkünften, beispielsweise bei der Essenszubereitung und -ausgabe, bei Reinigung, Gartenarbeiten usw.. Die externen FIM seien Stellen außerhalb von Unterkünften. Für die internen FIM könne die Arbeitsverwaltung 85 € und für externe FIM 250 € pro Monat und Stelle zur Verfügung stellen. Eine Stelle gelte für 6 Monate, um danach Möglichkeiten für weitere Flüchtlinge zu schaffen. Diese Maßnahmen, so führt Frau Schlich weiter aus, dienen der Erprobung von Fähigkeiten und der Heranführung von Flüchtlingen an die Arbeitswelt. Die Arbeitsagentur habe am vergangenen Donnerstag die Städte und Gemeinden des Kreises über diesen Sachstand informiert. Es gebe noch viele offene Fragen. Dies sei der Grund, warum die Anfrage der FDP-Fraktion nicht schriftlich beantwortet worden sei.

Frau Schlich berichtet weiter, eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden fänden die Umsetzung schwierig. Vorab sei die Finanzierung nicht auskömmlich. Die großenteils nicht der deutschen Sprache mächtigen Flüchtlinge bedürften der Anleitung, einer sozialarbeiterischen Betreuung usw.. Bei angenommenen 100 Stellen für jeweils 6 Monate würden jährlich 200 und für die 5-jährige Programmdauer 1.000 Flüchtlinge diese Maßnahme durchlaufen. Viele der jetzt hier lebenden Flüchtlinge seien dann voraussichtlich bereits anerkannt, sprachgeschult und über die Arbeitsagentur in spezialisierteren Formen gefördert. Es könne also nach dem aktuellen Stand der Zuweisungen nicht gesagt werden, ob es dann tatsächlich noch eine so hohe Anzahl von Flüchtlingen für die FIM geben werde.

Nach einem von der Verwaltung aufgestellten Zeitplan sollten bis Ende Oktober die gesamten Abstimmungen mit der Agentur für Arbeit, möglichen Trägern usw. erfolgen. Ein dann ermittelter Träger müsse jede eingerichtete Stelle genau beschreiben, bei Stellen in externen Unternehmen müsse zuvor jeweils ein Beschluss des Personalrates herbeigeführt werden. Es gebe also immer einen relativ großen Verfahrensaufwand.

Frau Schlich führt weiter aus, die Verwaltung wolle gerne – einen entsprechenden Ausschussbeschluss vorausgesetzt – mit der stadteigenen GL Service gGmbH zusammenarbeiten, die seit Jahren Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz zur Verfügung stelle und über die entsprechende Erfahrung verfüge. Dies bedeute andererseits möglicherweise, städtische Mittel hinzuzuschießen, weil die Maßnahme nicht auskömmlich finanziert sei. Demgegenüber stellt Frau Schlich die Möglichkeit zur Durchführung der Maßnahmen durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt z.B. im handwerklichen und gärtnerischen Bereich dar. Auch hier seien zusätzlich zur regulären Arbeit die ganztägige Begleitung und Anleitung der Flüchtlinge sowie Übersetzungsleistungen erforderlich. Dies sei überaus aufwändig und ohne personelle Aufstockung nicht zu schaffen, so dass ebenfalls weitere Kosten entstehen.

Abschließend erklärt Frau Schlich, die Verwaltung arbeite sehr intensiv an der Umsetzung der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen. Vorgesehen sei, die Stellen nach Beteiligung der verschiedenen Gremien und entsprechender Beschlussfassung bei der Arbeitsverwaltung zu beantragen. Nach aktueller Planung könnten die ersten Arbeitsgelegenheiten nach einem zusätzlichen Ausschreibungsvorlauf frühestens zum 01. Februar starten.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Informationen.

Frau Stauer dankt Frau Schlich ebenfalls für die ausführlichen Informationen und fragt, ob die Menschen, die eine so genannte FIM absolvierten einen Nachweis oder ein Arbeitszeugnis zur Vorlage bei zukünftigen Arbeitgebern erhielten. Frau Stauer nimmt Bezug auf die geschilderte personelle Beanspruchung der GL Service gGmbH und fragt nach der Möglichkeit, ein Trägerkonsortium mit unterschiedlichen Schwerpunkten mit der Aufgabe zu befassen, ähnlich wie beim Jobbörsenprogramm in Köln.

Frau Schlich antwortet, die Arbeitsagentur erwarte zunächst von den Kommunen eine Art Datenerhebung einschließlich bisheriger Kenntnisse der im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stehenden Menschen sowie die Entscheidung über die Eignung für eine solche Maßnahme. Frau Schlich geht davon aus, dass es möglich sein wird, dass die Arbeitsagentur am Ende der Maßnahme eine Zertifizierung ausstellt.

Was die Frage nach einem Trägerkonsortium angehe, antwortet Frau Schlich, müsse - im Vergleich mit Köln - überlegt werden, auf Kreisebene einen Maßnahmenträger zu finden. Hier sehe sie die Schwierigkeit, dass dieser alle Maßnahmen zu beaufsichtigen hätte, die andererseits dezentral organisiert werden müssten.

Frau Koshofer dankt Frau Schlich für die vorgetragene Überlegung. Die Umsetzung sei natürlich extrem beschwerlich, es sei aber Eile geboten. Frau Koshofer hält angesichts der Auslastung der GL Service gGmbH die Suche nach einem anderen Maßnahmenträger für besser.

Frau Schlich äußert ihre persönliche Befremdung, angesichts der Existenz einer exakt für diese Aufgaben bei der Stadtverwaltung gegründeten GmbH, einen anderen Träger suchen zu wollen. Die GL Service gGmbH führe diese Arbeitsgelegenheiten bereits seit Jahren durch und biete zurzeit 30 Plätze für Asylbewerber an. Für den Fall der Trägerschaft müsse angesichts der immensen Herausforderung das vorhandene Personal im Bereich der Sozialarbeit und der Anleitung verstärkt werden. Natürlich sei es letztendlich Sache des Ausschusses, hierüber zu entscheiden. Die Verwaltung gebe sich große Mühe, die erst seit einer Woche verfügbaren Informationen so schnell wie möglich sinnvoll zu verwenden und das Ergebnis in die Gremien einzubringen.

Herr Farzanehfar begrüßt es, das Ganze über eine Ausschreibung laufen zu lassen, auf die sich Träger mit einer vernünftigen Leistungsbeschreibung bewerben könnten.

Herr Dr. Bernhauser macht darauf aufmerksam, dass neben der Vermittlung der deutschen Sprache die Integration in den Arbeitsmarkt die zweite wichtige Säule für die Integration sei, denn keiner der Zugewanderten wolle seinen Lebensunterhalt über die öffentlichen Kassen finanziert bekommen. Die Informationen zu den Maßnahmen nach dem neuen Integrationsgesetz seien noch ganz neu, und die Verwaltung müsse intensiv hierüber beraten. Herr Dr. Bernhauser drückt als Vorsitzender der GL Service gGmbH sein Unverständnis darüber aus, dass dieser gegenüber Misstrauen im Vergleich zu anderen Trägern gezeigt werde. Sowohl in der Gesellschafterversammlung wie auch im Verwaltungsrat säßen ausschließlich bekannte Kolleginnen und Kollegen aus der Mitte des Rates. Herr Dr. Bernhauser äußert seine Überzeugung, dass die GL Service gGmbH, die jahrelang sehr erfolgreich gearbeitet und die Sozialbestrebungen der Stadt massiv unterstützt habe, als geeignet und qualifiziert abschneiden werde.

Frau Stauer stellt klar, es gehe mitnichten darum, der GL Service gGmbH, die bisher gute Arbeit geleistet habe, mit Skepsis zu begegnen. Allerdings sei die Aufgabe von einer bisher unbekannt Dimension, ganz ungeachtet der finanziellen Belastung. Auch mit Blick auf den Tagesordnungspunkt „Einrichtung eines Integrations- und Willkommenszentrums“ gehe es vielmehr darum, die Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen. Insoweit wolle sie ausdrücklich der Kollegin Koshofer beistehen.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, die GL Service gGmbH werde im Falle der Beauftragung die zurzeit vorhandenen 30 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge auf 100 erhöhen. Für diese quantitative Erweiterung solle qualitativ die jahrelange Erfahrung und Kompetenz der 100 %igen Tochtergesellschaft der Stadtverwaltung genutzt werden.

Frau Schundau dankt Frau Schlich für die frühzeitige Information und merkt an, es sei ihr unbegreiflich, wieso die Maßnahme in andere als die Hände der GL Service gGmbH gegeben werden solle, die genau dafür zuständig sein könne. Sie schließt sich insoweit Frau Schlichs und Herrn Dr. Bernhausers Ausführungen an.

Herr Kockmann schließt sich Frau Schundaus Ausführungen an.

Er berichtet über seine Erfahrung in der Leitung der Flüchtlingsinitiative in Paffrath-Hand, dass er überrascht gewesen sei, welche Möglichkeiten über eine spezielle Abteilung der Arbeitsagentur „Jobintegration“ es in Form einer ganzen Reihe von Programmen für Flüchtlinge gebe. Bei einer gemeinsam mit der Arbeitsagentur durchgeführten Infoveranstaltung zur Vorstellung der Programme am 07.09. sei das Interesse relativ gering gewesen. Herr Kockmann merkt an, zunächst sei darauf zu achten, dass die Flüchtlinge die Sprache einigermaßen beherrschten, damit sie angebotene Praktika und Programme wahrnehmen und besser integriert werden könnten. Dazu

seien zwingend auch Bemühungen seitens der Flüchtlinge erforderlich. Aus seiner Erfahrung werde es gar nicht so einfach sein, die von Frau Schlich genannten 106 Stellen zu besetzen.

Frau Schlich berichtet, die Verwaltung mache sich im Rahmen des Gesamtkomplexes auch Gedanken darüber, wie die Motivation der Flüchtlinge zum Spracherwerb erhöht werden könne.

Frau Koshofer resümiert, dass alle Ausschussmitglieder den Handlungsbedarf sähen. Sie betont, dass ihre eingangs gemachten Ausführungen kein Misstrauen gegenüber der GL Service gGmbH bedeuteten, es gehe ausschließlich darum, dass effektiv und möglichst bald agiert werden könne.

Herr Stark schlägt vor, vorab zu klären, wie viele Flüchtlinge überhaupt in Frage kämen.

Frau Schlich erläutert, im Zweifel könne die Verwaltung nach fachlicher Abwägung zunächst einen Antrag für 2 Jahre stellen mit der Option, das Programm danach bedarfsgerecht zu verlängern.

Die Vorsitzende bedankt sich und geht von einem erneuten Sachstandsbericht in der kommenden Sitzung des ASWDG aus.

5.1. Frauenpolitische Informationen *0359/2016*

Frau Fahner bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt „Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt“ der vergangenen Sitzung, an der sie nicht habe teilnehmen können. Sie habe im Anschluss den Ausführungen von Herr Krause, Leiter der Arbeitsagentur, mit dem auf den Plätzen ausliegenden Schreiben vom 26.08.2016 (*Anlage*) widersprochen, dass zwischen den Integrationsbemühungen für alleinreisende Frauen und für im Familienverband ankommende Frauen unterschieden werden müsse, weil letztere dann in eine Konkurrenzsituation mit ihren Ehemännern gerieten. Frau Fahner kündigt an, die Ausschussmitglieder auf dem Laufenden zu halten.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Es wird nicht berichtet.

Herr Farzanehfar bezieht sich auf einen Beschluss des Integrationsrates, wonach es ein Angebot für 50 männliche Jugendliche/junge Erwachsene zwischen 16 und 29 geben solle, abends Fußball zu spielen. Er hätte sich ein etwas offeneres Angebot gewünscht und möchte sich dazu mit der Gleichstellungsbeauftragten austauschen.

Herr Buhleier erläutert kurz die Inhalte des Angebots „Mitternachtsfußball“ und führt weiter aus, es könne gerade beim Neustart eines Projektes notwendig sein, eine gewisse Altersgruppe in den Fokus zu nehmen. Mit dieser Ausweitung des sportlichen Angebotes sollten junge Menschen erreicht werden. Herr Buhleier geht davon aus, dass die Initiatoren mit der Einschränkung „männliche Jugendliche“ die Maßnahme zunächst handhabbar machen wollten, damit sie auch umgesetzt werden könne. Bei einer Geschlechtermischung gebe es dem gegenüber zusätzliche Anforderungen an Umkleiden, Betreuung usw.. Die Initiatoren seien beauftragt worden, laufend im Integrationsrat zu berichten. Dieses Thema müsse aber im Integrationsrat und in diesem Fall nicht im Sozialausschuss besprochen werden.

Die Vorsitzende schlägt ebenfalls vor, das Thema im Integrationsrat weiter zu besprechen.

Zum Thema Geschlechtergerechtigkeit führt Frau Fahner ergänzend aus, seien die Angebote den Bedürfnissen der Zielgruppe anzupassen. Dies habe die Stadt Bergisch Gladbach getan. So seien für Flüchtlingsfrauen innerhalb eines Jahres sehr gute Strukturen erarbeitet worden. Es gebe einen Treffpunkt sowie eine Beratungsstelle speziell für Flüchtlingsfrauen. Zudem sei in die Schulungen für ehrenamtliche Kräfte, die mit Flüchtlingen arbeiteten, das Thema „keine Gewalt gegen Frauen“ integriert worden.

7. **Vorstellung Imagefilm "Ausbildung bei der Stadt Bergisch Gladbach"**
0362/2016

Frau Fahner stellt den Film in Form einer Internetpräsentation der städtischen Homepage vor. Sie erläutert, es zeige sich immer deutlicher die Notwendigkeit, dass nicht nur die Auszubildenden sich der Stadtverwaltung präsentierten, sondern dass dies auch umgekehrt erforderlich sei. Die Tendenz, dass kompetente Auszubildende sich zwischen mehreren Stadtverwaltungen entscheiden könnten, werde in den kommenden Jahr noch ansteigen. Um die jungen Menschen besser zu erreichen, sei der Film in Auftrag gegeben und von einem Auszubildenden der Stadtverwaltung mit gestaltet worden.

8. **Veröffentlichung des Mädchenmerkers für Bergisch Gladbach 2016/2017**
0361/2016

Frau Fahner bezieht sich auf die Vorlage und weist auf die zur Mitnahme ausliegenden Exemplare des Mädchenmerkers für Bergisch Gladbach 2016/2017 hin.

9. **Aktuelle Haushaltsentwicklung im Flüchtlingsbereich**
0326/2016

Herr Mumdey erinnert daran, dass beim Beschluss des Doppelhaushaltes davon ausgegangen wurde, dass das Land sämtliche Kosten erstattet. Bekanntlich sei dies so nicht eingetreten. Des Weiteren sei im Jahr durchschnittlich mit der Zuweisung von 2.200 Flüchtlingen gerechnet worden. Demgegenüber seien im Februar 2016 1.630 Flüchtlinge und aktuell 1.358 Flüchtlinge registriert. Die Folge sei, dass das Defizit kontinuierlich geringer wurde. Es seien schlichtweg weniger Personen zu versorgen. Herr Mumdey bietet an, seinen am kommenden Montag in der CDU-Fraktion vorgesehenen Vortrag zum Nachtragshaushalt auch in den übrigen Fraktionen zu halten.

Auf Anfrage von Herrn Stark kündigt Herr Mumdey als *Anlage* zum Protokoll eine Aufstellung der Gesamtkosten gegenüber dem in der Vorlage genannten von der Stadtverwaltung zu tragenden Betrag von 8.149 Mio. an.

10. **Einrichtung eines Integrations- und Willkommenszentrums**
0357/2016

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass im Integrationsrat mehrheitlich ein Beschluss entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung beschlossen wurde.

Herr Farzanehfar fragt, ob ein Quadratmeterzahl und ein Grundriss für die Einrichtung vorliege.

Frau Schlich benennt die Flächengröße der beiden Ladenlokale mit ungefähr 200 qm und 100 qm. Hinzu komme eine Wohnung mit ca. 75 qm hinter den Ladenlokalen, in der eine geschützte und

ruhige Beratungssituation geschaffen werden solle. Frau Schlich kündigt an, eine Aufstellung der qm-Zahlen (*Anlage*) und einen Grundriss als *Anlage* zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Der Vorschlag sei, das Projekt an die GL Service gGmbH zu vergeben, weil sie zum einen in ganz vielen Bereichen Kontakte zu Flüchtlingen habe und andererseits seit vielen Jahren Arbeitsgelegenheiten durchführe, so dass sie eine ganze Reihe von Anknüpfungspunkten habe. Zudem handele es sich um ein Inhouse-Geschäft, das nicht ausgeschrieben werden müsse. Eine Ausschreibung mit einer Festlegung auf 5 Jahre müsse wahrscheinlich europaweit ausgeschrieben werden und stehe dem zeitnahen Projektstart entgegen.

Herr Stark merkt an, nach seinem Verständnis solle diese Stelle Arbeit koordinieren, die an verschiedenen Orten geleistet werde. Er fragt, ob die Arbeit ggf. von dem Personal übernommen werden könne, die diese Arbeit bisher koordiniert habe.

Frau Schlich antwortet, dass bei der Verwaltung keine Stellen verfügbar würden. Bereits jetzt müsse diese Arbeit von ehrenamtlich Tätigen geleistet werden, wofür sie mehr als dankbar sei. Die öffentliche Hand könne sich nach ihrer Auffassung aber nicht dauerhaft darauf verlassen, dass dies in gleichem Umfang so bleibe. Die Stadtverwaltung sei andererseits schon seit geraumer Zeit, u.a. wegen der achtmonatigen Vakanz der Sozialamtsleitungsstelle, nur noch rudimentär in der Lage, Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler zu betreuen. Dies sei auch der Grund, warum von außen der Wunsch an die Verwaltung herangetragen worden sei, gemeinsam nach einer Lösung zu suchen.

Frau Koshofer führt aus, es gebe sehr viele dezentral ehrenamtlich Tätige, die voraussichtlich koordiniert werden müssten. Andererseits gibt sie zu bedenken, dass sich die Fraktionen im Stadtrat darauf verständigt hätten, dass zusätzliche Ausgaben auch irgendwie abgedeckt sein müssten. Ihre Fraktion habe Bedenken, ob dies nicht nur ein Aktionismus sei, den die Stadt sich auch noch leisten müsse.

Frau Stauer berichtet, die SPD-Fraktion habe sich anlässlich entsprechender Rückfragen an die Verwaltung von dieser versichern lassen, dass eben keine Doppelstrukturen geschaffen würden, die unnötig Geld kosteten, sondern dass diesbezüglich ein Austausch mit anderen innerhalb des Integrations- und Willkommenszentrums arbeitenden Trägern stattfinden könne. Die SPD-Fraktion sehe es aber kritisch, dass bezüglich der von Frau Schlich angesprochenen 200.000 € die Deckung nicht erreicht sei, weshalb die Vorlage auch zur Beratung und Berechnung in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen werden solle.

Frau Schundau findet die Einrichtung eines solchen Zentrum eigentlich ganz sinnvoll, besonders den Punkt „Ort der Begegnung für Einheimische und Zuwanderer“ finde sie ganz entscheidend wichtig. Es gehe nicht nur um eine Koordination von irgendwelchen Gremien, sondern einfach darum, dass Menschen, die integriert werden sollten, und Einheimische zueinander fänden. Wenn dieses Projekt funktioniere, dann müsse man es eigentlich auf viele andere Stadtteile ausdehnen, damit die Integration dort stattfinden könne, wo die Menschen wohnten, ohne dass sie lange Anreisen in Kauf nehmen müssten. Zunächst müsse entschieden werden, ob ein solches Zentrum gewünscht sei und erst im zweiten Schritt sei zu überlegen, ob es dafür irgendwo im Haushalt eine Möglichkeit gebe.

Herr Farzanehfar hält den Standort für sinnvoll. Dieser Punkt, der einerseits als Anlaufstelle und Treffpunkt für die Flüchtlinge und Einheimische gelte, werde von KOMM AN (einem Förderprogramm des Landes) mit finanziert. Er hoffe, dass eine Schulung des Wachpersonals in den Unterkünften mit in den Prozess aufgenommen werde, Besucher höflich von der Möglichkeit einer persönlichen Kontaktaufnahme im Zentrum zu informieren.

Auf Nachfrage von Herrn Farzanehfar berichtet Frau Schlich, der EU-Schwellenwert für einen europaweite Ausschreibung liege derzeit bei 211.000 €. Insoweit sei es richtig, dass die im

Beschlussvorschlag genannten 198.000 € eine europaweite Ausschreibung nicht erforderten. Weil aber ein Vertrag über fünf Jahre angedacht sei, habe er einen Wert von 5 x 198.000 €, der inzwischen durch die Rechtsprechung klar beim Vergaberecht zu beachten sei. Frau Schlich gibt zu Bedenken, dass in dem Betrag die Mietkosten in Höhe von 50.000 € ein Bestandteil seien, den die Verwaltung ohnehin zahlen müsse, wenn nicht die Ladenlokale und die Wohnung anderweitig vermietet werden könnten, was nach ihrer Auffassung nicht sonderlich aussichtsreich sei.

Herr Dr. Bernhauser führt aus, dieses Konzept sei das beachtliche Ergebnis einer Teamberatung des Netzwerks von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in Bergisch Gladbach. Die GL Service gGmbH solle hier lediglich die formale Klammer um die Angebote der in der Flüchtlingsarbeit tätigen Akteure sein, die im Integrations- und Willkommenszentrum Räumlichkeiten und entsprechende Organisationen für ihre Vernetzungs-, Beratungs- und Unterstützungsarbeit vorfinden. Dies sei ein sinnvolles Konzept. Dennoch meine er, dass der Beschlussvorschlag heute nicht so beschlossen werden könne, weil die Gegenfinanzierung fehle. Deswegen meine er, dieser fachliche Fortschritt in der Flüchtlingsarbeit solle inhaltlich so beschlossen, aber wegen der Gegenfinanzierung dem Haupt- und Finanzausschuss die Beschlussfassung überlassen werden.

Frau Schlich erläutert, dass die Stadt das Konzept auf Wunsch der freien Träger und der ehrenamtlich Tätigen mit diesen gemeinsam erarbeitet habe. Übereinstimmend sei ein entsprechender Bedarf festgestellt worden. Angesichts der soeben genannten Budgetüberschreitung von ca. 8 Millionen sei es relativ schwierig, einen Deckungsvorschlag über 200.000 € zu machen. Deshalb habe die Verwaltung einvernehmlich entschieden, diese Vorlage als Diskussionsgrundlage für eine inhaltliche, fachliche Beratung in diesen Ausschuss einzubringen. Natürlich müsse dann gegebenenfalls die Finanzierung sichergestellt werden.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann nehmen die Vorlage positiv zur Kenntnis und fassen mehrheitlich gegen die Stimme der ALFA-Fraktion und bei Enthaltung der Stimme der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage wird zur Beschlussfassung gemäß dem Vorschlag der Verwaltung - vorbehaltlich der Finanzierung - an den HFA und den Rat abgegeben.

11. **Mehrgenerationenhaus**
0364/2016

Herr Dr. Bernhauser merkt an, die Evangelische Kirchengemeinde Stadtmitte betreibe ein Mehrgenerationenhaus und bedürfe eines städtischen Beschlusses, dass die Arbeit des Mehrgenerationenhauses positiv gesehen und unterstützt werde, um die Bundesmittel für die nächste Periode zu bekommen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt einstimmig die folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach begrüßt die Fortführung des Mehrgenerationenhauses in der Trägerschaft der Evangelischen Kirche.

Das Mehrgenerationenhaus ist Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Stadtteil Stadtmitte von Bergisch Gladbach.

12. Verlagerung der Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben zum Rheinisch-Bergischen Kreis
0327/2016

Frau Schlich führt aus, für die Stadtverwaltung sei die Verlagerung der Fachstelle personalkostenmäßig letztendlich eine ganz günstige Entwicklung. Zudem werde davon ausgegangen, dass die Verlagerung für den Bürgerservice im Ganzen die bessere Alternative sei, weil beim Kreis ein Team angesiedelt werden könne, das sich gegenseitig unterstütze. Die Mitarbeiterin sei mit diesem Vorgehen einverstanden.

Frau Koshofer begrüßt die Verlagerung der Fachstelle und hält sie für eine sehr gute Lösung.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt einstimmig die folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischer Wandel, soziale Sicherung, Integration und Gleichstellung von Frau und Mann empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat, den Bürgermeister zu beauftragen, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Verlagerung der Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben zum Rheinisch-Bergischen Kreis zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu schließen.

13. Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates in verschiedene Ratsausschüsse
0293/2016

Herr Buhleier macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss lediglich zu Punkt 2 abstimmen müsse. Zu den übrigen Punkten habe der Integrationsrat keinen Beschluss fassen können, weil die Rücktrittserklärungen in der formal richtigen Weise noch nicht abgegeben worden seien.

Die Vorsitzende lässt über Punkt 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt einstimmig bei Enthaltung einer Stimme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Das Mitglied des Integrationsrates Herr Schütz wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr entsandt.

14. Rücknahme der Berufung des stellvertretenden Mitgliedes Frau Ursula Nantke und Neuberufung von Herrn Friedhelm Bihn als stellvertretendes Mitglied für den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“
0332/2016

Frau Holtzmann begrüßt Herrn Bihn, der im Zuschauerraum sitzt.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt einstimmig die folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

- 1. Die Berufung von Frau Ursula Nantke als stellvertretendes Mitglied im „Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung“ wird zurückgenommen.**

2. Der Rat entsendet Herrn Friedhelm Bihn als stellvertretendes Mitglied in den „Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung“.

Die Vorsitzende wünscht Herrn Bihn eine gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen.

15. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

16. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Werdes berichtet von einem Projekt für und mit geflüchteten Menschen, wegen dessen Unterstützung Frau Knoch-Will für den Verein „Neue Heimat Bergisch Gladbach“ und auch VESBE e.V. an die SPD herangetreten sei. In einem alten Zählerlager der BELKAW in der Hermann-Löns-Str. 105, das schon seit 8 Jahren leerstehe, so berichtet Frau Werdes, würden die beiden Vereine gerne einen Möbelumschlagplatz für geflüchtete Menschen ins Leben rufen. Zusätzlich wolle der Verein VESBE e.V. dort auch gerne diese Menschen im Echtzeitbetrieb als Lageristen usw. trainieren. Frau Werdes leitet Frau Knoch-Wills Anfrage wie folgt an die Verwaltung weiter:

Kann sich die Stadtverwaltung, auch als Anteilseignerin der BELKAW, eine Unterstützung, beispielsweise auch in Form der Ermöglichung einer Zwischennutzung (die Halle steht wohl zurzeit leer), vorstellen?

Frau Werdes informiert, sie habe bereits Herrn Habrunner, BELKAW, und Herrn Orth über das Anliegen in Kenntnis gesetzt.

Frau Schlich antwortet, sie könne nicht für die Stadt als Gesellschafterin der Belkaw sprechen. Sie gehe inhaltlich davon aus, dass im Falle eines solchen Projekts auch finanzielle Mittel erforderlich seien. Wenn Frau Knoch-Will ein Arbeitsmarktförderungsprojekt mit VESBE e.V. anstrebe, so informiert Frau Schlich weiter, sei die Förderung mit der Arbeitsverwaltung zu klären. Sofern eine Förderung durch die Stadtverwaltung angefragt werde, sei das soeben lange diskutierte Problem der Finanzierung gegeben. Was die besagte Halle der BELKAW angehe, sei es nach der bisherigen Erfahrung schwierig, eine Nutzung zu erzielen. Frau Schlich kündigt an, die Anfrage ggf. an die Verwaltungsspitze weiterzugeben.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, dass die Verwaltung dem Ausschuss zugesagt habe zu prüfen, welche Möglichkeiten es gebe und welche Maßnahmen die Verwaltung ergreifen wolle, um mehr bezahlbaren Wohnraum in Bergisch Gladbach zu schaffen. Herr Dr. Bernhauser richtet folgende Anfrage an die Verwaltung:

Wann kann der Ausschuss mit einer Vorlage rechnen, in die die seitens der Verwaltung schon seit Monaten angestellten Überlegungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums einfließen?

Frau Schlich antwortet, nur mittelbar sei dies ein Thema des Fachbereichs 5, weil er zwar mit den Menschen zu tun habe, die diese Wohnungen suchten, er verantworte das Thema innerhalb der Stadtverwaltung aber nicht. Frau Schlich verweist auf den Runden Tisch zum Thema bezahlbarer Wohnraum, für den Herr Schmickler verantwortlich gezeichnet habe. Sofern ihr ein

Abschlussprotokoll vorliege, könne sie es den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen. Der Fachbereich 5 habe nicht die Kapazitäten, das Thema zielführend zu bearbeiten.

Frau Holtzmann regt an, in der Fraktion bzw. in den Fraktionen untereinander darüber zu diskutieren, wie weiter vorgegangen werden könne.

Frau Schlich bietet an, die Anfrage innerhalb der Verwaltung weiterzugeben.

Frau Allelein berichtet, es gebe tatsächlich einen abschließenden Bericht, den Herrn Schmickler mit der Arbeitsgruppe vermutlich im Februar erarbeitet habe.

Herr Farzanehfar regt an, Herrn Flügge als Ansprechpartner, der sich in jüngster Zeit intensiv in das Thema einarbeite, um die Bekanntgabe eines Zeithorizonts zu bitten.

Die Vorsitzende hält das für eine gute Idee und bittet die Verwaltung, Herrn Flügge in den Ausschuss einzuladen.

Frau Stauer gibt die an sie herangetragene Anregung an die Ausschussmitglieder weiter, in Sportvereinen dafür zu werben, dass ein gemeinsames Sportangebot von Menschen mit Behinderung und gesunden Menschen gefördert werde. So wollten beispielsweise Rollstuhlbasketballer mit gesunden Basketballern spielen. Frau Stauer sieht hierin eine integrative Aufgabe, die sie anregt umzusetzen. Höhere Kosten entstünden den Sportvereinen bei einem solchen Ansatz nicht.

Frau Allelein bedankt sich für diese Anregung und berichtet aus dem Arbeitskreis Kinder, Jugendliche, Kultur und Sport, dass dort das Thema aufgenommen worden sei, für Kinder und Jugendliche ein inklusives Sportangebot aufzubauen. Der Einladung zu einer entsprechenden Auftaktveranstaltung sei von allen eingeladenen Sportvereinen ein einziger gefolgt. Es werde nun nach anderen Wegen gesucht, den Kindern und Jugendlichen mit Behinderung Möglichkeiten zu geben, mit anderen Sport zu machen. Auf die Vereine kämen insoweit keine Mehrkosten zu. Auch mit Blick auf mögliche Berührungspunkte gebe es Hilfen und Unterstützung. Frau Allelein appelliert an die Ausschussmitglieder, im Rahmen ihrer Kontakte zu Sportvereinen für dieses Stückchen Inklusion zu werben.

16.1. Anfrage der FDP-Fraktion vom 30.08.2016 u. a. zu Mitteln aus dem neuen Bundesprogramm zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt
0370/2016

Auf Nachfrage der Vorsitzenden erklärt Frau Koshofer, es gebe noch eine Menge an Fragen, aber durch die von Frau Schlich unter TOP 5 vorgetragene Informationen und noch zu klärenden guten Überlegungen sei die Anfrage erst einmal beantwortet.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.49 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

N Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

Die Genehmigung der Niederschrift entfällt.

2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es gibt keine Anfragen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht allen einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 18.50 Uhr.

gez.:
Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez.:
Gitta Stitz
Schriftführerin